

MODEL UNITED NATIONS



MUNBW

Handbuch

SICHERHEITSRAT

2023

Baden-Württemberg

INHALT

Grußworte

Grußworte des Generalsekretärs	3-4
Grußworte der Projektleitung	5

Vorstellungen

Vorstellung des Awarenessteams	6
Vorstellung der Teilnehmendenbetreuung	7

Positionsübersicht 8-9

Zeitplan 10-12

Gremientexte Inhaltsverzeichnis 13

Gremientext - Lokale Akteur*innen der Friedenskonsolidierung 14 - 24

Gremientext - Situation in Somalia 25 - 35

Gremientext - Die Zukunft der UN-Friedenssicherung 36 - 48

Bildrechte 49

GRUßWORT GENERALSEKRETÄR

Ehrenwerte Teilnehmende,

wenn Sie heute das Linden-Museum in Stuttgart besuchen würden, könnten Sie ein Exponat, das bis Dezember letzten Jahres noch dort war, nicht mehr auffinden: die Miniaturmaske der Königmutter Idia. Sie gehört zu den berühmten Benin-Bronzen, die im Jahr 1897 vom britischen Militär im Zuge eines brutalen Überfalls auf dem Gebiet des heutigen Nigerias geplündert und später in Westeuropa versteigert wurden. Diese Miniaturmaske der Königmutter Idia wurde nun gemeinsam mit 19 weiteren Kulturgegenständen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja von einer deutschen Delegation an Vertreter*innen der nigerianischen Regierung zurückgegeben. Dies stellt einen ersten Schritt in einem langen Restitutionsprozesses dar, der bilateral vorbereitet wurde.

Auch wenn die Aufbereitung historischer Ungerechtigkeiten in Hinblick auf die Rückführung kolonialen Raubgutes zwischen einigen Staaten begonnen hat, ist die heutige Staatengemeinschaft immer noch von tiefgreifenden und strukturellen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten geprägt. Diese sind facettenreich und wirken sich in unserer globalisierten Welt auf das Leben aller Menschen in unterschiedlichen Arten und Weisen aus.

Sichtbar werden sie unter anderem daran, dass die Staaten des globalen Südens stärker unter den Folgen der Klimakrise leiden. Dies steht im merklichen Kontrast dazu, dass sie weniger Ressourcen verbrauchen und einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben.

Währenddessen steigt die Anzahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, erneut weltweit. Und obwohl dies insgesamt ein globaler Trend ist, sind auch hier die sogenannten Entwicklungsländer überproportional stark betroffen.

Eine ähnliche Reichtumsschere zwischen Staaten ist auch an der jeweiligen Wirtschaftsleistung erkennbar: Die Vermögenswerte mancher großer Unternehmen mit Sitz in Industriestaaten überschreiten das Bruttoinlandsprodukt ganzer ärmerer Länder. Solche Bedingungen behindern sowohl einen internationalen Handel als auch den Abschluss von Investitionsabkommen und Entwicklungshilfe auf Augenhöhe zwischen den beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen.

GRÜßWORT GENERALSEKRETÄR

Wir als Vereinte Nationen haben seit unserer Gründung den Anspruch an uns selbst, ein Forum zu sein, in dem jeder Staat mit gleicher Stimme sprechen kann und gehört wird und den anderen Staaten so auf Augenhöhe begegnen kann. Diesem Anspruch wurden und werden wir aber nicht immer gerecht. Die beschriebenen Ungleichheiten sind stets auch in einem diplomatischen Kontext präsent und nicht auszublenden - manchmal wirken sie unüberwindbar. Darüber hinaus wird selbst in der Charta der Vereinten Nationen das Prinzip der Stimmengleichheit durch das den permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates verbriefte Vetorecht gebrochen.

Sie sehen, dass die Staatengemeinschaft vor vielfältigen Herausforderungen steht. Umso mehr freue ich mich, dass Sie sich entschlossen haben, im Juni in Stuttgart gemeinsam als Delegierte, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Journalist*innen an diesen Problemen zu arbeiten.

Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand dabei, Ihre Standpunkte zu vertreten, dabei aber nie das Ziel einer gerechteren Welt aus den Augen zu verlieren und sich stets auf Augenhöhe zu begegnen.

Hochachtungsvoll,

Jasper Dannenbaum



GRÜßWORT PROJEKTLEITUNG

**Sehr geehrte Vertreter*innen nichtstaatlicher Akteure,
Journalist*innen und Delegierte,**

seit rund acht Monaten arbeitet das Team von MUNBW 2023 an den Vorbereitungen für die Konferenz, an der Sie im Juni in Stuttgart teilnehmen werden. Unser Ziel ist es, Ihnen bei MUNBW Erfahrungen zu ermöglichen, die viele von uns motiviert haben, als Team in unserer Freizeit MUNBW zu organisieren.

Die Zeit, in der Sie an MUNBW teilnehmen, ist von Herausforderungen gezeichnet, deren Auswirkungen Millionen von Menschen weltweit spüren. Diese Herausforderungen spiegeln sich wieder in den Themen, mit denen Sie sich bei MUNBW befassen werden. In diesem Handbuch finden Sie erklärende Texte, die die Vorsitzenden Ihrer Gremien für Sie geschrieben haben, um Ihnen einen einfacheren Überblick über diese komplexen Sachverhalte zu geben. Uns liegt es am Herzen, Sie in Ihrer Vorbereitung individuell so zu unterstützen, dass Sie auf der Konferenz mühelos in Ihre Rolle hineinwachsen können.

Natürlich war es für uns nicht allein der Aspekt der politischen Bildung, der uns vor einigen Jahren nach unserer ersten Konferenz dazu motiviert hat, erneut an MUNBW teilzunehmen und schließlich Teil des Teams zu werden. Es waren zum Beispiel die Begegnungen mit den anderen Teilnehmenden auf der Konferenz, die Freude über die erste selbst gehaltene Rede im Gremium und nicht zuletzt der feierliche Ball und die anschließende Party am Sonntagabend.

Wir freuen uns auf Sie!

Im Namen des Teams von Model United Nations Baden-Württemberg,

Mona Bickel, Ingo Heide und Kilian Kuhlbrodt
Projektleitung



**Mona Bickel, Ingo Heide
und Kilian Kuhlbrodt**

Projektleitung



AWARENESSTEAM

 **Greta Hülsmann (sie/dey)**
 g.huelsmann@munbw.de
 **+49 171 5853587**

 **Felix Becker (er/ihn)**
 f.becker@munbw.de
 **+49 157 82259689**

Eine mehrtägige Konferenz kann eine intensive Erfahrung sein. Man verbringt den ganzen Tag mit vielen, oft auch unbekannten Menschen. Dabei kann es zu Missverständnissen, Konflikten und bewussten oder unbewussten Grenzüberschreitungen kommen.

Als Awareness-Team sind wir einerseits dafür verantwortlich, solchen Situationen vorzubeugen und andererseits zur Vermittlung und Lösung beizutragen, sollten doch Probleme auftreten. Ihr könnt Euch aber auch mit allen anderen Anliegen an uns wenden. Anders als die Teilnehmenden-Betreuung sind wir also nicht für organisatorische Fragen, sondern vertraulich für Euer Wohlbefinden auf der Konferenz da.

Ihr erreicht uns telefonisch - per SMS - über verschiedene Messenger und via E-Mail. Über den anonymen Briefkasten habt Ihr außerdem die Möglichkeit, bei Eurer Kontaktaufnahme unbekannt zu bleiben.



Link zum anonymen Briefkasten

TEILNEHMENDEN- BETREUUNG

Liebe Teilnehmenden,

wir, Lena Raetzell und Emily Siegel, sind im Rahmen der Konferenz MUNBW 2023 als Teilnehmendenbetreuung für Sie als Ansprechpersonen erreichbar. Einige hatten möglicherweise bereits per E-Mail oder über Instagram mit uns Kontakt.

Wir haben beide 2019 zum ersten Mal an einer DMUN-Konferenz teilgenommen und sind dann 2021 in das Team gewechselt.

Emily studiert außerhalb von DMUN Jura in Münster, arbeitet ehrenamtlich bei der katholischen Akademie Dresden und gestaltet ihre Freizeit sonst vor allem mit bloggen, tanzen und dem Schreiben von kreativen Texten.

Lena studiert abseits der Konferenz Psychologie in Göttingen, arbeitet ehrenamtlich bei der Diakonie Schleswig-Holstein, spielt Klavier und treibt gerne Sport, wie Basketball oder Bouldern.

Unsere Aufgabe bei MUNBW ist in erster Linie, für Ihre Anliegen und Fragen da zu sein, besonders bei allen Punkten, die organisatorischer Natur sind. Auch schon jetzt in der Vorbereitungsphase können Sie jederzeit auf uns zukommen. Schreiben Sie uns einfach eine Mail, eine Instagram-Direktnachricht oder melden Sie sich per Whatsapp oder Signal. Die Kontaktdaten hierzu finden Sie hier und auch auf der Website.

Wir freuen uns, Sie auf der Konferenz alle kennenzulernen. Jetzt wünschen wir Ihnen erstmal viel Freude bei der Vorbereitung!

Mit freundlichen Grüßen
Emily Siegel und Lena Raetzell

 **Emily Siegel und Lena Raetzell**
 teilnehmende2023@munbw.de
 **0174 7952258**
 **@munbw_dmun**

ZEITPLAN

	Donnerstag 08.06.2023	Freitag 09.06.2023	Samstag 10.06.2023	Sonntag 11.06.2023	Montag 12.06.2023
9	Registrierung	Sitzungen	Sitzungen	Sitzungen	
12	Akademisches Programm Einführung in die Geschäftsordnung & SimSim	Mittagspause	Mittagspause	Mittagspause	Abschlussveranstaltung
15	Registrierung (falls spätere Anreise)	Sitzungen	Sitzungen	Rekapitulationsworkshop und Feedback	
18	Akademisches Programm Workshops		Akademisches Programm Markt der Möglichkeiten		
21	Eröffnungsveranstaltung	Akademisches Programm Vortragsabend	Sitzungen	Diplomat*innenball	

POSITIONSÜBERSICHT

Positionsübersichten helfen Ihnen, Ihre inhaltliche Vorbereitung vollständig und strukturiert durchzuführen. Anders als Sie es vielleicht von früheren DMUN-Konferenzen gewohnt sind oder im Online-Handbuch gelesen haben, verfassen sie bei MUNBW 2023 zuerst je eine Positionsübersicht zu jedem Thema, das in Ihrem Gremium behandelt wird.

Anmerkung für NGOs:

Auch als Vertreter*in einer NGO verfassen Sie Positionsübersichten – mindestens drei (zu beliebigen Themen, gerne auch aus verschiedenen Gremien).

Wenn Sie die Positionsübersicht zu einem Thema auf der Website öffnen, sehen Sie folgendes:

neues Positionspapier

Nur beim ersten Thema des Gremiums auszufüllen: Was sind die wichtigsten Wirtschaftszweige Ihres Staates?

Bitte hier die Antwort eintragen

Inwiefern berührt das Thema Interessen des von Ihnen vertretenen Staates?

Bitte hier die Antwort eintragen

Welche Staaten/Organisationen stehen auf Ihrer Seite?

Bitte hier die Antwort eintragen

Was möchte Ihr Staat bei der Behandlung dieses Themas für sich erreichen, was verhindern? Geben Sie an, wie wichtig diese Ziele jeweils sind.

Bitte hier die Antwort eintragen

Geben Sie im Folgenden bitte mindestens drei (gerne aber auch mehr) der Punkte zur Diskussion an und unterbreiten Sie jeweils Lösungsvorschläge. Falls diese die Interessen Ihres Staates/ Ihrer Organisation berühren, gehen Sie kurz darauf ein.

Bitte hier die Antwort eintragen

Weiteres (optional)

Bitte hier ggf. eine Antwort eintragen

Zusammenfassung: Stellen Sie die wichtigsten Aspekte der Position Ihres Staates zum Thema in maximal 150 Wörtern dar.

Bitte hier die Antwort eintragen

body p em

ÄNDERUNGEN SPEICHERN

Bitte löschen Sie den fett gedruckten Text **nicht**, sondern schreiben Sie Ihre Antworten auf die jeweiligen Fragen darunter. Achten Sie dabei bitte unbedingt darauf, die Position Ihres Staates/ Ihrer Organisation darzustellen

POSITIONSÜBERSICHT

len ohne Ihre persönliche Meinung einfließen zu lassen. Daher verwenden Sie auch dritte Person Singular (z.B. „Island ist der Überzeugung, dass...“ statt „ich denke, dass“). Generell drücken Sie sich diplomatisch aus und achten auf Rechtschreibung sowie Grammatik.

Hinweise, wie Sie Antworten auf die Fragen finden können, gibt es:

- Am Ende jedes Gremientexts
- Im Onlinehandbuch [<https://handbuch.dmun.de/vorbereitung/inhalt/thema/>] sowie
- ...wenn Sie nicht weiter wissen, auch bei Ihrer [Gremienberatung](#) oder der Leitung Inhalt Pädagogik unter inhaltpaedagogik@munbw.de.

Die erste Hälfte ihrer Positionsübersicht kann dann beispielsweise so aussehen:

neues Positionspapier

Nur beim ersten Thema des Gremiums auszufüllen: Was sind die wichtigsten Wirtschaftszweige Ihres Staates?

Tourismus und Fischerei

Inwiefern berührt das Thema Interessen des von Ihnen vertretenen Staates?

Da 76% der isländischen Exporte Fischprodukte sind, ist der Erhalt ausreichender Fischbestände von großer Bedeutung für Island. Zugleich würde eine zu starke Beschränkung des Fischfangs diesem wichtigen Wirtschaftszweig stark schaden. Außerdem ist die Fischerei wichtiger Bestandteil der isländischen Tradition und Kultur.

Welche Staaten/Organisationen stehen auf Ihrer Seite?

Norwegen, Kanada, Vereinigtes Königreich. In Bezug auf die Einhaltung bestehender Regelungen die gesamte EU.

Was möchte Ihr Staat bei der Behandlung dieses Themas für sich erreichen, was verhindern? Geben Sie an, wie wichtig diese Ziele jeweils sind.

Wichtig ist es für Island insbesondere, dass die isländische Fischerei nicht zu sehr reguliert wird. Es versucht zu erreichen, dass in einer Zone von 200 Seemeilen um die Küste eines Landes nur dieser Stand zum Fischfang berechtigt ist.

Island strebt an, dass alle Staaten sich an bestehende Regelungen zum Schutz der Fischbestände halten.

Eine Kontrollinstanz mit weitreichenden Befugnissen oder gar Sanktionen möchte Island unbedingt verhindern.

POSITIONSÜBERSICHT

Wenn es daran geht, Lösungsvorschläge zu den Punkten zur Diskussion zu unterbreiten, kopieren Sie bitte zuvor die ausgewählten Punkte zur Diskussion in das Feld:

Geben Sie im Folgenden bitte mindestens drei (gerne aber auch mehr) der Punkte zur Diskussion an und unterbreiten Sie jeweils Lösungsvorschläge. Falls diese die Interessen Ihres Staats/ Ihrer Organisation berühren, gehen Sie kurz darauf ein.

- Soll es nationale Fangquoten geben und wenn ja, wie sollen diese festgelegt werden?

Island hält Fangquoten für kein geeignetes Mittel, da ihre Einhaltung ungewiss ist. Falls die Mehrheit des Gremiums sie dennoch einführen möchte, legt Island großen Wert darauf, dass sie anhand der Fischereiflotte und der Bedeutung des Fischfangs für den jeweiligen Staat festgesetzt werden.

- Wie kann die Einhaltung bestehender oder zukünftiger Abkommen durchgesetzt werden?

Eine stärkere internationale Zusammenarbeit sowie die öffentliche Benennung von Staaten, die Abkommen verletzen, sind geeignete Maßnahmen. Die Überwachung des Fischfangs sollte weiterhin durch die Fischereibehörden des Staates erfolgen, in dessen Gewässern die Fischerei stattfindet.

- Wie kann der Wandel zu nachhaltigeren Fischereimethoden gelingen?

Der Wandel zu nachhaltigeren Fischereimethoden braucht finanzielle Anreize, beispielsweise durch geringere Zölle auf nachhaltig produzierten Fisch. Auch eine direkte finanzielle Förderung der Umrüstung von Fangflotten auf internationaler Ebene würde Island begrüßen.

Weiteres (optional)

Bitte hier ggf. eine Antwort eintragen

Zusammenfassung: Stellen Sie die wichtigsten Aspekte der Position Ihres Staats zum Thema in maximal 150 Wörtern dar.

Island legt großen Wert darauf, dass die Fischbestände nicht durch Überfischung verringert werden, eine umfassende Regulation des Fischfangs wird aber abgelehnt. Ausländische Fangflotten innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone eines Staates sollten aus isländischer Sicht unzulässig sein. Die Einhaltung bestehender Abkommen sollte gewährleistet werden; positive Anreize sind hierzu ein besseres Mittel als Strafen und Sanktionen.

body p

ÄNDERUNGEN SPEICHERN

Wenn Sie Ihre Positionsübersicht ausgefüllt haben, erhalten Sie von Ihren Gremienvorsitzenden Feedback und Verbesserungsvorschläge, die Sie bitte einarbeiten, bis die Positionsübersicht anerkannt wird. Im Anschluss verfassen Sie zu mindestens einem Thema wie im [On-line-Handbuch](#) beschrieben ein Arbeitspapier. Zudem raten wir Ihnen auch dringend dazu, ein [Positionspapier](#) zu verfassen, da dieses eine hervorragende Grundlage für die ersten Reden bildet und im diplomatischen Sprachgebrauch übt. Um dieses einzureichen, klicken Sie erneut auf das Stiftsymbol und wählen "neues Positionspapier". Löschen Sie die vom System angezeigten Fragen aus dem Eingabefeld und schreiben Sie dort Ihr Positionspapier im Fließtext. Keine Sorge, Ihre bereits eingereichte Positionsübersicht bleibt dabei erhalten. Falls Sie bereits Erfahrung im Schreiben von Positionspapieren haben, dürfen Sie auch statt der Positionsübersicht direkt ein Positionspapier einreichen.

SICHERHEITSRAT

INHALT

Gremientext - Lokale Akteur*innen der Friedenskonsolidierung

14 - 24

Kurzzusammenfassung	14
Punkte zur Diskussion	15
Einleitung	15
Hintergrund und Grundsätzliches	15 - 17
Aktuelles	17 - 18
Probleme und Lösungsansätze	18 - 20
Hinweise zur Recherche	20 - 21
Lexikon	21 - 23
Quellenangaben und weiterführende Links	23 - 24

Gremientext - Situation in Somalia

25 - 35

Kurzzusammenfassung	25
Punkte zur Diskussion	25 - 26
Einleitung	26
Hintergrund und Grundsätzliches	27
Aktuelles	28 - 29
Probleme und Lösungsansätze	29 - 31
Hinweise zur Recherche	31 - 32
Lexikon	32 - 34
Quellenangaben und weiterführende Links	34 - 35

Gremientext - Die Zukunft der UN-Friedenssicherung

36 - 48

1. Kurzzusammenfassung	36
2. Punkte zur Diskussion	37
3. Einleitung	37
4. Hintergrund und Grundsätzliches	37 - 39
5. Aktuelles	39 - 40
6. Probleme und Lösungshinweise	40 - 43
7. Hinweise zur Recherche	43 - 44
8. Lexikon	44 - 45
9. Quellenangaben und weiterführende Links	45 - 48

Bildrechte

49

GREMIENTEXT

LOKALE AKTEUR*INNEN

Lokale Akteur*innen

Kurzzusammenfassung

Friedenskonsolidierung bezeichnet Maßnahmen, die darauf abzielen, die Stabilisierung des Friedens zu unterstützen und das Wiederaufflammen von Gewalt nach dem Ende eines Konflikts zu verhindern. Dies kann durch verschiedene Mittel erreicht werden, zum Beispiel:

- Aufnahme von Friedensverhandlungen
- Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung
- Unterstützung von Bildung und sozialer Integration.

Die Vereinten Nationen spielen eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung und Förderung der Friedenskonsolidierung. So führen sie Programme durch, die darauf abzielen, die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen und die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden zu schaffen.

Lokale Akteure und Gemeinschaften haben meist ein besseres Verständnis für lokale Zusammenhänge und friedensrelevante Herausforderungen. Daher können sie die Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit des Friedensprozesses erhöhen, weshalb sie zunehmend in die Friedenskonsolidierung einbezogen werden.

Die wirksame Einbindung lokaler Akteure in die Friedenskonsolidierung ist jedoch nach wie vor mit Herausforderungen verbunden. Zu diesen zählen die Sicherstellung ihrer umfassenden Beteiligung, die Vereinfachung finanzieller Unterstützung und das Überwinden von Machtungleichgewichten. Darüber hinaus besteht die Herausforderung darin, die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen, lokale Missstände zu beseitigen, auf die Bedürfnisse und Anliegen verschiedener Gruppen einzugehen und die Einbeziehung und Stärkung von **Randgruppen** zu fördern.



1

GREMIENTEXT

LOKALE AKTEUR*INNEN

Punkte zur Diskussion

- Wie kann der Begriff "lokale Akteure" in der Friedenskonsolidierung verstanden werden? Wie kann sichergestellt werden, dass nicht nur nationale Stimmen gehört werden?
- Wie kann die Finanzierung für lokale Akteure in der Friedenskonsolidierung verbessert werden? Wie können bürokratische Hürden abgebaut werden?
- Wie können lokale Akteure bei der Vernetzung unterstützt werden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass keine Gruppe benachteiligt wird? Wie können insbesondere die Stimmen von Frauen und Jugendlichen berücksichtigt werden?
- Wie können die Kapazitäten von internationalen Nichtregierungsorganisationen so genutzt werden, dass diese lokal geleitete Initiativen nicht behindern, sondern stärken?
- Wie können unterschiedliche Interessen verschiedener lokaler Akteure zusammengebracht werden?

Einleitung

"Bei der Schaffung von Frieden geht es um viel mehr als um die Beendigung des Krieges. Es geht darum, die Institutionen zu schaffen und Vertrauen zu schaffen, die die Menschen in eine friedliche Zukunft führen werden", sagte der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki Moon über die Friedenskonsolidierung. Er beschreibt damit eine der größten Herausforderungen, denen die Vereinten Nationen sich gegenüber sehen. Die Einbeziehung lokaler Akteure ist unerlässlich, um einen nachhaltigen Frieden zu gewährleisten, der die Unterstützung der Bevölkerung genießt. Es bestehen jedoch nach wie vor diverse Herausforderungen, die Prozesse hinauszögern und Frieden verhindern können. Der Sicherheitsrat sollte sich mit der Frage befassen, wie die Einbindung lokaler Akteure in der Friedenskonsolidierung nachhaltig gestärkt werden kann.

Hintergrund und Grundsätzliches

Peacebuilding, auf deutsch Friedenskonsolidierung, bezeichnet Maßnahmen, die darauf abzielen, außerhalb eines akuten bewaffneten Konflikts:

- die Situation zu stabilisieren,
- die Wiederaufnahme von Gewalt zu verhindern,
- einen nachhaltigen Frieden zu fördern.

GREMIENTEXT LOKALE AKTEUR*INNEN

Dies kann auf verschiedene Weise erreicht werden, beispielsweise durch die Einrichtung von Friedensverhandlungen, die Stärkung von Demokratie und **Rechtsstaatlichkeit**, die Förderung von Wirtschaftsentwicklung und die Unterstützung von Bildung und **sozialer Integration**. Die Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) nehmen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung und Förderung von Friedenskonsolidierung ein. Sie setzen Programme zur Friedenskonsolidierung ein, die darauf abzielen, die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen und die Voraussetzungen für eine nachhaltige Friedensentwicklung zu schaffen.

Traditionell hat sich Friedenskonsolidierung auf Zusammenarbeit mit Regierungen konzentriert und einen top-down Ansatz verfolgt, um Konflikte zu lösen und Stabilität zu schaffen. Dabei arbeitet ein internationaler Partner in der Regel mit der Regierung eines vom Konflikt betroffenen Landes zusammen, um durch nationale Mechanismen wie Wahlen oder **vertrauensbildende Maßnahmen** Frieden zu erreichen. Diese Interventionen können Demokratien stärken und helfen, Wege aus politischen Konflikten zu finden.

Allerdings kann dieser Ansatz leicht die lokalen Dimensionen eines Konflikts vernachlässigen, in denen Gewalt möglicherweise von Akteuren und Motivationen angetrieben wird, die sich von denen auf nationaler Ebene unterscheiden. Wenn diese lokalen Aspekte nicht berücksichtigt werden, können sie die Bemühungen um Frieden und Stabilität untergraben oder sich zu einem größeren Problem entwickeln. Weiterhin kann durch die fehlende Berücksichtigung lokaler Perspektiven leicht eine "Helfer-Empfänger"-Logik entstehen, die lokale Akteure entmündigt und **neokoloniale** Tendenzen fördern kann.

Daher hat die Friedenskonsolidierung insbesondere auf Ebene der Vereinten Nationen in den letzten Jahren einen Wandel durchgemacht. Es wurde begonnen, die Beteiligung lokaler Akteure und Gemeinden bei Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zu stärken. Diese lokalen Akteure können beispielsweise lokale Regierungen, **zivilgesellschaftliche Organisationen**, Religionsgemeinschaften oder Jugendgruppen sein.

Es gibt mehrere Gründe, warum es wichtig ist, lokale Akteure in Initiativen der Friedenskonsolidierung einzubeziehen. Zunächst einmal haben sie oft ein tieferes Verständnis der lokalen Kontexte und Herausforderungen,

GREMIENTEXT LOKALE AKTEUR*INNEN

die für den Frieden relevant sind. Sie können daher wertvolle Einsichten und Perspektiven in die Friedenskonsolidierung einbringen. Zweitens sind lokale Akteure häufig in der Lage, den Bedarf und die Prioritäten der Gemeinden besser zu verstehen und zu berücksichtigen. Sie können daher dazu beitragen, dass friedenskonsolidierende Maßnahmen besser auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung ausgerichtet sind. Drittens können lokale Akteure auch dazu beitragen, dass friedenskonsolidierende Maßnahmen nachhaltiger und langfristiger wirken, da sie in der Lage sind, die Unterstützung der Gemeinden zu gewinnen und zu erhalten.

Insgesamt bietet dieser Wandel die Möglichkeit, Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zu individualisieren und auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung abzustimmen.

Aktuelles

Die Architektur der Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen wurde Mitte der 2000er Jahre umfassend reformiert und umfasst mehrere Mechanismen und Institutionen, die sich mit der Friedenskonsolidierung befassen. Besonders hervorzuheben sind die Kommission für Friedenskonsolidierung (KFK, engl. Peacebuilding Commission), der Peacebuilding Fund und das Peacebuilding Support Office.

Die KFK wurde 2005 als beratendes Gremium der UN-Generalversammlung und des Sicherheitsrates gegründet, um die Friedenskonsolidierung in Ländern zu unterstützen, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind oder kürzlich von einem Konflikt betroffen waren. Sie besteht aus einigen UN-Mitgliedstaaten; ausgewählte internationale Organisationen begleiten die Sitzungen. Die KFK hat keine operativen Befugnisse, sondern berät und unterstützt die Friedenskonsolidierung durch

- Empfehlungen,
- die Förderung von Koordination und **Synergie** zwischen verschiedenen Akteuren,
- die Mobilisierung finanzieller Ressourcen und
- politische **Advocacy Arbeit**.

Ein weiteres wichtiges Instrument ist der Peacebuilding Fund (PBF). Der PBF - 2006 als **Multi-Partner Trust Fund (MPTF)** gegründet - ist ein reaktionsfähiger und flexibler Finanzierungsmechanismus des Peacebuildings. Der PBF finanziert Projekte und Programme von UN-Organ-

GREMIENTEXT LOKALE AKTEUR*INNEN

isationen, nationalen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Friedenskonsolidierung.

Das Peacebuilding Support Office (PBSO) - Teil des Sekretariats der Vereinten Nationen - wurde 2010 gegründet und administriert den Peacebuilding Fund und unterstützt die KFK. Das PBSO hat weiterhin die Aufgabe, die Friedenskonsolidierung in den betroffenen Ländern zu koordinieren und zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen UN-Organisationen und anderen Akteuren zu fördern.



Der Sicherheitsrat ist bei den Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zuständig und nimmt somit auch in der Friedenskonsolidierung eine wichtige Rolle ein. Er überwacht die Umsetzung von Friedensabkommen und sorgt dafür, dass die betroffenen Parteien ihre Verpflichtungen erfüllen. Er kann auch durch die Mitgliedsstaaten Unterstützung für den Aufbau von Institutionen und die Förderung von Wiederaufbau und Entwicklung in von Konflikten betroffenen Gebieten bereitstellen oder andere Entitäten des UN Systems dazu auffordern. Der Sicherheitsrat ist darüber hinaus das politische Forum, in dem Fragen zur Friedenskonsolidierung diskutiert und entschieden werden.

Der Sicherheitsrat arbeitet eng mit der KFK, dem Peacebuilding Fund und dem Peacebuilding Support Office zusammen, um sicherzustellen, dass Friedenskonsolidierungsmaßnahmen effektiv umgesetzt werden.

Probleme und Lösungsansätze

Der Begriff "lokal" ist in der Friedenskonsolidierung nicht eindeutig definiert. Obwohl die Vereinten Nationen in den letzten Jahren eine klare Unterscheidung zwischen lokalen und nationalen Ebenen vornehmen, werden die Begriffe "lokal" und "national" in manchen Umfeldern nach wie vor austauschbar verwendet. Infolgedessen können Stimmen, Ziele und Bedenken von **subnationalen Akteuren** in konfliktbetroffenen Gemeinden untergehen, wenn nationale Regierungen stellvertretend für sie sprechen. In Regionen, in denen die Spannungen zwischen nationalen Behörden und lokalen Gemeinden eine treibende Kraft hinter Konflikten

GREMIENTEXT LOKALE AKTEUR*INNEN



sind, kann das Vermischen von "nationaler" und "lokaler" Friedenskonsolidierung auf diese Weise dazu beitragen, dass tiefere Ausgrenzung und Unzufriedenheiten entstehen. Das PBSO beschreibt lokale Friedenskonsolidierung als Bemühungen auf subnationaler Ebene oder als Aktionen, die die lokale Zivilgesellschaft einbeziehen. Davon abzugrenzen ist "von lokalen Akteuren geführte" Friedenskonsolidierung, bei der die Maßnahmen von lokalen Akteur*innen sowohl entworfen als auch umgesetzt werden. Diese Form der Friedenskonsolidierung ist damit noch stärker lokalisiert. Nur wenige durch den PBF geförderte Initiativen sind von lokalen Akteuren geführt.

Lokale Akteure stehen bei der Einbindung in friedenskonsolidierenden Maßnahmen diversen Herausforderungen gegenüber.

Auch wenn beispielsweise durch den PBF mehr finanzielle Mittel in die Unterstützung lokaler Akteure in der Friedenskonsolidierung fließen, besteht nach wie vor eine große Finanzierungslücke. Dies liegt zum einen an mangelnden finanziellen Mitteln, zum anderen aber daran, dass mit der Finanzierung verbundene bürokratische und administrative Hürden für lokale Akteure oft ein großes Hindernis darstellen. Es wird mehr flexible und nachhaltige Finanzierung benötigt, die von kleineren zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort bürokratiearm genutzt werden kann. Der Sicherheitsrat könnte hier beispielsweise das PBSO und den PBF dazu aufrufen, bürokratische Hürden abzubauen und Programme ins Leben zu rufen, die lokalen Akteuren finanzielle Mittel schnell und unkompliziert zur Verfügung stellen.

Weiterhin benötigen lokale Akteure Unterstützung bei der Entwicklung von Kapazitäten für den Austausch von Fähigkeiten und Erfahrungen innerhalb von Ländern und über Grenzen hinweg. Dieser kann dabei helfen, neue Ideen für die Bewältigung von Herausforderungen, den Aufbau von widerstandsfähigen Institutionen und Gemeinschaften und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Stimmen zu finden. Dies ist insbesondere dann wichtig, wenn zivilgesellschaftliche Stimmen in einer Region bisher wenig Gehör finden. Eine engere Zusammenarbeit lokaler Akteure mit internationalen und **regionalen Organisationen** kann

GREMIENTEXT LOKALE AKTEUR*INNEN

sicherstellen, dass Ansätze die örtlichen sozialen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Hintergründe besser berücksichtigen und es einfacher ist, Konsens unter den von Gewalt am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen zu finden.

Darüber hinaus müssen lokale Akteure, die von Jugendlichen und Frauen geleitet werden, in Entscheidungs- und Politikfindungsprozessen auf allen Ebenen besser eingebunden werden. Junge Menschen und Frauen sind häufig am stärksten von Gewalt betroffen und müssen daher ebenfalls in der Friedenskonsolidierung besonders Gehör finden. Dies gilt darüber hinaus für alle weiteren **marginalisierten Gruppen**.

Außerdem können verschiedene lokale Gruppen unterschiedliche Ansichten und Perspektiven haben. Dies kann zu Spannungen und Meinungsverschiedenheiten führen und die Entwicklung einer gemeinsamen Vision für den Frieden erschweren. Um diese Herausforderung zu überwinden, ist es wichtig, dass alle Beteiligten auf Augenhöhe miteinander kommunizieren und ihre Perspektiven berücksichtigen. Dies kann durch die Einrichtung von Dialogplattformen und andere Formen der Konsultation erreicht werden.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, die tief sitzenden Gründe für den Konflikt zu ermitteln und zu überwinden. Dies kann bedeuten, sich mit den Vorwürfen und Bedenken der verschiedenen Gruppen vor Ort auseinanderzusetzen und sicherzustellen, dass alle Beteiligten die Möglichkeit haben, ihre Bedenken zu äußern und an der Entwicklung von Lösungen mitzuwirken. Es muss auch sichergestellt werden, dass alle Beteiligten die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten und Ressourcen einzubringen und ihren Beitrag zum Frieden zu leisten. Nur so kann eine nachhaltige Friedenslösung erreicht werden, die den Bedürfnissen und Perspektiven aller Beteiligten Rechnung trägt.

Hinweise zur Recherche

Nach einer ausführlichen Beschäftigung mit der hier bereitgestellten Einführung in das Thema und der Lektüre der beigefügten Quellen, ist eine Beschäftigung mit dem eigenen Staat zu empfehlen:

- In welchem Maße engagiert sich der Staat im Peacebuilding im Rahmen der Vereinten Nationen? Ist er Truppensteller für Friedensmissionen? Ist er Geldgeber?



GREMIENTEXT LOKALE AKTEUR*INNEN

- Gibt es Peacebuilding Maßnahmen auf dem eigenen Staatsgebiet? Falls ja, sind dort lokale Akteure einbezogen? Gibt es Statements der Regierung dazu?

Es kann herausfordernd sein, die Position des Staates zu den Punkten zur Diskussion herauszufinden. Neben geeigneten Stichwortsuchen im Internet kann der Rückgriff auf Äußerungen des Staates im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nützliche Anhaltspunkte bieten, um auf die Position des Staates zu schließen. Die folgende Seite enthält Protokolle zu allen öffentlichen Debatten des Sicherheitsrates:

<https://research.un.org/en/docs/sc/quick/meetings/2022>. Dort können ebenfalls Videoaufzeichnungen einzelner Debatten eingesehen werden, wie bspw. diese Debatte von 2021 zum Thema Peacebuilding: <https://media.un.org/en/asset/k1x/k1xmae370p>. Weiterhin kann ein Blick in die Debatten zu bestimmten Ländern oder Regionen nützlich sein.

Sie können ebenfalls versuchen, direkt Kontakt zur Botschaft oder zum Konsulat Ihres Staates in Deutschland (oder dem Staat in dem Sie leben) aufzunehmen. Es kommt immer wieder vor, dass Delegierte diese Möglichkeit nutzen und wertvolle Einblicke in die Position Ihres Staates bekommen. Auch eine Kontaktaufnahme mit der ständigen Vertretung Ihres Staates bei den Vereinten Nationen ist einen Versuch wert.

Seien Sie gern bereit, auf Basis der Ihnen zur Verfügung stehenden Informationen, die Position Ihres Staates selbst festzulegen, wann immer Sie keine detaillierten Informationen finden.

Lexikon

Advocacy Arbeit - Die gezielte Einflussnahme auf die Politikgestaltung stellvertretend für ein gemeinsames Interesse. Advocacy umfasst neben klassischen, auf persönliche Gespräche fokussierten Lobbying-Aktivitäten ebenfalls Öffentlichkeitsarbeit und weitere Mittel der Einflussnahme. Advocacy Arbeit unterscheidet sich von anderen Formen der politischen Einflussnahme durch ihre gemeinwohlorientierte Zielsetzung.

Multi-Partner Trust Fund (MPTF) - Im Rahmen von MPTFs bündeln Staaten und andere Geldgeber*innen ihre Ressourcen, um Regierungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren umfangreiche Mittel für bestimmte Themen zur Verfügung zu stellen - vom Wiederaufbau nach Konflikten



GREMIENTEXT

LOKALE AKTEUR*INNEN

über HIV/AIDS bis hin zum Klimawandel. MPTFs werden in der Regel von internationalen Organisationen wie bspw. den Vereinten Nationen oder der Weltbank verwaltet. Daher bieten MPTFs den Geldgeber*innen die Möglichkeit, Transaktionskosten zu minimieren und Gelder effektiv und effizient einzusetzen.

Neokolonialismus - Neokolonialismus ist die Fortsetzung oder Wiedereinführung imperialistischer Herrschaft durch einen Staat über einen anderen, eigentlich unabhängigen Staat. Der Neokolonialismus kann die Form wirtschaftlicher Kontrolle oder Abhängigkeit, der Globalisierung, der kulturellen Kontrolle oder Abhängigkeit, oder der an Bedingungen geknüpften Hilfe annehmen, um ein Entwicklungsland zu beeinflussen oder zu kontrollieren, anstatt die früheren kolonialen Methoden der direkten militärischen Kontrolle oder der indirekten politischen Kontrolle (Hegemonie) anzuwenden.

Randgruppen, marginalisierte Gruppen - Marginalisierung ist ein sozialer Vorgang, bei dem Bevölkerungsgruppen an den „Rand der Gesellschaft“ gedrängt werden und dadurch nur wenig am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen können. Marginalisierung kann aufgrund verschiedenster (wahrgenommener) Eigenschaften einer Gruppe erfolgen, wie bspw. Alter, Geschlecht, politische Meinung, religiöse Orientierung, sexuelle Orientierung und vieler mehr.

Rechtsstaatlichkeit - Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass Regierung und Verwaltung nur im Rahmen bestehender Gesetze handeln dürfen. Die Bürger*innen werden so vor staatlicher Willkür, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen geschützt.

Regionale Organisationen - Regionale Organisationen sind internationale Organisationen, deren Mitgliedschaft durch geographische Grenzen (bspw. Kontinente) oder geopolitische Abgrenzungen (bspw. Wirtschaftsgemeinschaften) gekennzeichnet ist. Aufgrund gemeinsamer Entwicklungs- und Geschichtsmuster sowie der mit der Globalisierung einhergehenden Fragmentierung reichen ihre institutionellen Merkmale von einer losen Zusammenarbeit bis hin zu einer formellen regionalen Integration.

GREMIENTEXT

LOKALE AKTEUR*INNEN

Soziale Integration - Soziale Integration bezeichnet die Zusammenführung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu einer gemeinsamen Gesellschaft oder die Einfügung einzelner Personen in ein bestehendes gesellschaftliches Gefüge.

Subnationale Akteure - Akteure, die auf einer Ebene unterhalb der nationalen Ebene existieren. Die Regierungen der einzelnen Bundesländer sind bspw. subnationale Akteure in der Bundesrepublik Deutschland.

Synergie - Synergie beschreibt das Zusammenwirken verschiedener Kräfte zu einer Gesamtleistung. Häufig wird erwartet, dass diese Gesamtleistung höher liegt als die Summe der Einzelleistungen.

Vertrauensbildende Maßnahmen - Maßnahmen, die das Vertrauen von Konfliktparteien in die guten Absichten der anderen Partei oder das Vertrauen von Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen in die Regierung oder andere staatliche Institutionen verbessern.

Zivilgesellschaftliche Organisationen - Eine zivilgesellschaftliche Organisation ist eine organisierte Struktur, deren Mitglieder über einen demokratischen Prozess dem allgemeinen Interesse dienen. Eine solche Organisation tritt als Vermittlerin zwischen staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen und Bürger*innen auf.

Quellenangaben und weiterführende Links

United Nations, Peacebuilding, 2023, <https://www.un.org/peacebuilding/> - Website der Vereinten Nationen zu Peacebuilding, enthält detaillierte Informationen zu KFK (PBC), PBF, PBSO und weiteren Teilen der Architektur der Friedenskonsolidierung (engl).

PBSO, UN Peacebuilding: an Orientation, September 2010, https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/peacebuilding_orientation.pdf - Ausführliche Übersicht über das Peacebuilding bei den Vereinten Nationen; nicht mehr top-aktuell, aber sehr informativ (engl).

GREMIENTEXT LOKALE AKTEUR*INNEN

PBSO, The United Nations Peacebuilding Architecture, 2010, https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbso_architecture_flyer.pdf - Übersicht über die Architektur der Friedneskonsolidierung (engl).

Security Council Report, The Peacebuilding Commission and the Security Council: From Cynicism to Synergy?, 22.11.2017, <https://www.securitycouncilreport.org/research-reports/the-peacebuilding-commission-and-the-security-council-from-cynicism-to-synergy.php> - Artikel über das Verhältnis von Sicherheitsrat und PBC (engl).

Michael Brzoska, Bedingungen Erfolgreicher Friedenskonsolidierung, 30.10.2009, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31628/bedingungen-erfolgreicher-friedenskonsolidierung/> - Artikel der Bundeszentrale für Politische Bildung zu Erfolgsfaktoren in der Friedenskonsolidierung (dt).

International Peace Institute, To Build and Sustain Peace: Invest in Local Actors, 22.10.2018, <https://www.ipinst.org/2018/10/to-build-and-sustain-peace-invest-in-local-actors> - Zusammenfassung eines Events zum Thema "Lokales Peacebuilding"; enthält wichtige Einsichten, wie lokales PEacebulding verbessert werden kann (engl).

United Nations, Executive Summary: Thematic Review on Local Peacebuilding, 2022, un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/local_peacebuilding_thematic_review_executive_summary_eng.pdf - Zusammenfassung eines thematischen Reports zum Thema "Lokales Peacebuilding" (engl).

Brandon Kendhammer and Rachel Sullivan, Peacebuilding Needs Local Partners — But How Do You Define 'Local'?, 24.08.2022, <https://www.usip.org/publications/2022/08/peacebuilding-needs-local-partners-how-do-you-define-local> - Artikel zur Frage, wie der Begriff "Lokal" im lokalen Peacebuilding zu verstehen ist (engl).

UNRIC,

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Situation in Somalia

Kurzzusammenfassung

Somalia, ein Land wie kein anderes: ursprünglich Hoffnungsträger der westlichen Welt für ein Paradebeispiel eines afrikanischen Landes mit einem demokratischen System, heutzutage abgestempelt als *Failed State*. Das Land hat ein undurchsichtiges Wahlsystem, welches geprägt ist durch Korruption und interne Machtkämpfe. Hinzu kommen Konflikte zwischen den mächtigsten *Clans* und Terrorgruppen, die um Macht- und Einflussbereiche kämpfen. Außerdem ist die humanitäre Lage in weiten Teilen des Landes katastrophal: Viele Bürger*innen von Somalia sind aktiv von Hunger betroffen, insbesondere viele Kinder. Es gestaltet sich äußerst schwierig, die schwer zu erreichenden Teile Somalias mit genügend humanitären Hilfsgütern zu versorgen.

Punkte zur Diskussion

Wie kann Frieden zwischen den verschiedenen Konfliktparteien in Somalia erreicht werden? Welche Maßnahmen sollte der UN-Sicherheitsrat diesbezüglich treffen, insbesondere mit Blick auf seine Kompetenzen aus *Kapitel VI und VII der UN-Charta*?

- Wie kann langfristig eine stabile Situation in Somalia vor allem im Hinblick auf den Norden und den Süden des Landes gewährleistet werden, auch unter Berücksichtigung der aktuellen Föderalisierung und den daraus entstehenden Konflikten?
- Was können internationale Hilfsmissionen in Somalia leisten? Kann die AMISON-Nachfolgermission ATMIS, die der UN-Sicherheitsrat zur militärischen, polizeilichen und zivilen Unterstützung des Landes mandatiert hat, die notwendigen Aufgaben übernehmen? Oder braucht es eine Angleichung des Mandats, müssen weitere Aufgaben zugefügt werden oder manche gestrichen werden?
- Wie kann erreicht werden, dass weniger Waffen in Somalia vorhanden sind? Welche Rolle könnten auch hier die UN spielen, beispielsweise über Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegrationsmaßnahmen (*Disarmament, Demobilization and Reintegration, DDR*)?
- Welche Maßnahmen sollten getroffen werden, um im Friedensprozess mit den Terrorgruppen umzugehen? Welche Rolle kommt hier auch der *Extremismusprävention* zu? Und wie kann auch auf lange Sicht damit umgegangen werden, dass insbesondere Al-Shabaab

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

inzwischen viele staatliche Leistungen wie Rentenzahlungen übernimmt (z.B. mehr Entwicklungshilfezahlungen, mehr humanitäre Hilfe)?

- Das indirekte, intransparente, nicht universelle und von Korruption geprägte Wahlsystem und die problematische Sicherheitslage in Somalia erschweren den Bürger*innen die Teilhabe am demokratischen System. Welche Reformen sollten angestrebt werden und wie sollte die Rolle der Vereinten Nationen in diesem System aussehen? Sind Wahlen möglich, solange nicht sichergestellt werden kann, dass die Mehrheit der Bürger*innen überhaupt teilhaben kann?
- Wie kann humanitäre Hilfe vor allem in Gebieten, die die Zentralregierung nicht kontrolliert, sichergestellt werden?

Einleitung

Nach dem Sturz der letzten internationalen Regierung im Jahr 1991 ist Somalia von Katastrophen zerrüttet: Bürgerkrieg, Piraterie, islamistischer Terror und Hungersnöte. Die Kampfhandlungen und die Hungersnot im Süden von Somalia der 1990er-Jahre führten dazu, dass die Versorgungslage sich massiv verschlechterte, öffentliche Einrichtungen kaum noch vorhanden sind und die Wirtschaft am Rand des Zusammenbruches steht. Die Folge: Somalia gilt als typisches Beispiel eines gescheiterten Staates (Failed State) und dies trotz der Anstrengungen von zahlreichen internationalen Hilfsorganisationen. Insbesondere der schwer von Hunger betroffene Süden von Somalia ist schwer zugänglich für Hilfsorganisationen und deswegen fließen große Teile der Entwicklungshilfe nur in den Norden. Auch aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit konnten sich islamistische Gruppierungen im gesamten Land stark verbreiten. Zudem überlappen sich verschiedene Konflikte zwischen Gesellschaftsgruppen, die immer stärker eskalieren: zwischen Gruppen, die mehr Autonomie möchten und der Zentralregierung, zwischen von der Klimakrise betroffenen Gruppen, deren Nahrungsmittel immer knapper werden, und zwischen unter anderem Clangruppierungen um politische und wirtschaftliche Macht. Zudem mischen sich die Nachbarländer Somalias, insbesondere Kenia, Äthiopien und Eritrea, immer wieder in den Konflikt ein. Es liegt also eine komplexe und sich immer weiter verschlimmernde Konfliktlage und eine Bedrohung der Bevölkerung durch Hunger und Armut vor, der sich der Sicherheitsrat umgehend widmen muss.



GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Hintergrund und Grundsätzliches

Die Entwicklung Somalias ist geprägt durch die britische und italienische Kolonialbesetzung, die alles andere als gewaltlos verlief und mit großen Verlusten seitens der somalischen Bevölkerung einherging. Aufgrund des zweiten Weltkrieges und der damit einhergehenden Eroberung und Verwaltung von Italienisch-Somaliland durch Großbritannien 1940–1941 und der anschließenden Treuhandverwaltung durch Italien (1950–1960) wurde der Einfluss von den ehemaligen Kolonialmächten schwächer, bis es zur Unabhängigkeit von Italienisch-Somaliland und Britisch-Somalialand kam und zur Bildung von Groß-Somalia. Nachdem sich Somalia von 1960 bis 1969 demokratisierte, kam es gegen Ende der 1960er Jahre zu einer starken Parteienzersplitterung und zum Mord an dem damaligen Regierungspräsidenten.

Daraufhin übernahm Siad Barre die Macht, der sich im Kalten Krieg erst an die Sowjetunion, später an die USA annäherte. Zwischen verschiedenen Clans kam es in den folgenden Jahren zu Konflikten, die 1991 zum Sturz der Regierung führten. Zusätzlich zu dem beginnenden somalischen Bürgerkrieg und den damit einhergehenden Plünderungen kam es zu einer Dürre in den Jahren 1991–1992, die die Versorgungslage im ganzen Land drastisch verschlimmerte. Dem Staatszerfall und der Hungersnot, welche hauptsächlich von den rivalisierenden Clans und von der Dürre bedingt wurde, versuchte man entgegenzuwirken durch ausländische Interventionen. Die Vereinten Nationen versuchten ab 1992, die Versorgungslage durch die Lieferung von Nahrungsmitteln zu verbessern. Zudem wurde im Dezember 1992 die UNSOM/UNITAF Mission (US-Truppen, die als UN-Mission entsandt wurden) entsandt, die in der komplexen Sicherheitslage die humanitären Lieferungen schützen sollte. 1993 kam es zu einem einschneidenden Ereignis für internationale Hilfe in Somalia: In der sog. "Schlacht von Mogadischu" wurde ein Helikopter der US-Truppen abgeschossen, die sich immer stärker im Häuserkampf und damit im Konflikt eingemischt hatten. Die USA zogen sich daraufhin auch aufgrund des Umgangs mit den getöteten Soldat*innen aus Somalia und auch aus der UN-Mission zurück; seitdem haben die UN zusätzlich mit dem Problem zu kämpfen, dass sie als Konfliktpartei, nicht mehr neutral, wahrgenommen werden, worauf ihr Engagement eigentlich beruht. Seit dem Ende der Regierung von Barre und den UN-Missionen gab es bis zum Jahr 2012 keine international anerkannte somalische Regierung mehr.



GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Aktuelles

Mit der Einführung einer neuen Verfassung im August 2012 wurde Somalia zu einer Bundesrepublik umgewandelt mit Präsidentschaftswahlen (wenn auch nicht mit universellem Wahlrecht) und mit einer Zentralregierung, die von der internationalen Gemeinschaft anerkannt wird. Einhergehend mit der neuen Verfassung findet ein Dezentralisierungsprozess statt, welcher das Ziel hat, die verschiedenen Clan- und *Separatistengruppen* miteinander zu versöhnen und erneute gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern. So wurden u.a. das Jubaland und Zentralsomalia von der Bundesregierung anerkannt. Nicht zuletzt mit der Unterstützung der im April diesen Jahres ausgelaufenen Mission der Afrikanischen Union in Somalia (African Union Mission In Somalia; AMISOM-Mission) sind hinsichtlich der Kommunikation und Versöhnung zwischen den islamistischen Clans und Warlords Erfolge gelungen. Zudem soll die ausgelaufene AMISOM-Mission von der Übergangsmision der Afrikanischen Union in Somalia (African Union Transition Mission in Somalia; ATMIS- Mission) abgelöst werden, die es sich ebenfalls zum Ziel gesetzt hat, al-Schabaab und andere terroristische Terrorgruppen zu bekämpfen.

Al-Shabaab und mehr oder weniger radikale Widerstandsgruppen wie die Allianz für die Wiederberufung Somalias (ARS) bildeten sich im Kontext des Eingreifens Äthiopiens in den Konflikt ab 2006. Die ARS versuchte durch Verhandlungen im Januar 2009 mit der Übergangsregierung, den Abzug von Äthiopiens Truppen zu erreichen. Die al-Schabaab hingegen bekämpfte die Übergangsregierung weiter und es gelang ihnen bis 2010, große Teile vom Süden und Zentral-Somalia unter Kontrolle zu bringen. Inzwischen hat Al-Shabaab in diesen Gebieten staatliche Funktionen übernommen, indem sie für ein gewisses Maß an Sicherheit sorgen und Witwen und Rentner*innen Gelder zahlen. Zudem zahlt Al-Shabaab jungen Erwachsenen bei einem kaum vorhandenen Arbeitsmarkt auch verhältnismäßig viel Geld. Vor allem im Süden gibt es Gebiete, in denen die Miliz al-Shabaab eine extreme Form der Scharia in Kombination mit einer absolut theokratischen Herrschaft ausübt.

Zwar konnte die Übergangsregierung militärische Erfolge gegen die Miliz verzeichnen, auch dank den oben genannten internationalen Missionen. Allerdings führt die Miliz zunehmend eine Terrorkampagne gegen die Regierung durch. Der Anschlag in Mogadischu, der Hauptstadt des

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Landes, am 30.10.2022, der die Straßen um das Bildungsministeriums traf und bei dem über 100 Menschen ums Leben kamen, ist nur das jüngste Beispiel für diese blutige Eskalationsspirale.

Zudem gibt es auch mehrere EU-Missionen (EUTM Somalia oder EU NAVFOR Somalia), die die Regierung unterstützen oder den Schutz humanitärer Hilfslieferungen des Welternährungsprogramms (WFP) der Vereinten Nationen garantieren sollen. Die humanitäre Lage hat sich noch einmal verschlechtert durch die Dürrekatastrophe ab 2015. Laut Berechnungen des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) sind 7 Millionen Menschen akut mit dem Hungertod bedroht und es gibt mehr als 600.000 Binnenflüchtlinge.

Probleme und Lösungsansätze

Der UN-Sicherheitsrat muss sich einem komplexen Problemkatalog widmen: Wie können die Konfliktlage und die Hungerkatastrophen bekämpft werden, sodass sowohl die Sicherheit als auch ein größeres Wohlergehen der Bevölkerung garantiert ist? Und wie kann verhindert werden, dass die Situation in Somalia Frieden und Sicherheit in der Region gefährdet?

Eines der größten Probleme in Somalia sind die teils kriminellen Clansstrukturen. Dabei ist das Problem, dass Clans nicht nur die judikativ, richtende Funktion übernehmen und somit ein gewisses, aber dennoch teils willkürliches, Maß an (Rechts-) Schutz garantieren. Vielmehr bekämpfen sich auch die einzelnen Clans, um jeweils innerstaatlich die stärkste Position innezuhaben. Bisherige UN-Missionen (z. B. die UNSOM-Mission 2013) setzen auf strategische und politische Beratung zur Friedenskonsolidierung und Staatsaufbau, um die aktuelle somalische Regierung in ihrem Umgang mit den jeweils rivalisierenden Clans zu unterstützen. Das soll auch die Regierung selbst stabilisieren. Beim Staatsaufbau wird die Entwicklung des föderalen Systems vorangetrieben. Des Weiteren soll die Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (z.B. Informations- und Medienfreiheit) im Rahmen des Global Focal Point der Vereinten Nationen (GFP) umgesetzt und verbessert werden.

Auch entwickelte sich ein Machtkampf zwischen dem ehemaligen Staatschef Mohamed Abdullahi Farmajo und Mohamed Hussein Roble, welche sich gegenseitig Amtsmissbrauch vorwarfen. Zwar konnte dieser

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Streit gelockert werden, indem die Wahlen, die lange von Farmajo aufgeschoben worden waren, im Mai 2022 nachgeholt wurden. Allerdings bleibt das Problem des äußerst komplizierten Wahlsystems weiterhin bestehen, da die Wahlen zudem auch nicht überall innerhalb Somalias abgehalten werden. Hier würde es sich anbieten, zentrale Wahlanlaufstellen in ländlichen Regionen zu schaffen, damit auch die ländliche Bevölkerung Zugang zu dem Wahlsystem hat. Die UN leisten zusätzlich seit 2014 Wahlhilfe für die Bundesrepublik durch integrierte Wahlunterstützungsgruppen (IESG), die bei der Entwicklung institutioneller, administrativer und personeller Kapazitäten, der Verbesserung der Abläufe und der Schaffung nachhaltiger organisatorischer Rahmenbedingungen helfen und universelle Wahlen erleichtern soll.

Hauptprofiteure der oben genannten Regierungskrise waren Terrororganisationen wie al-Shabaab, welche es sich zum Ziel gesetzt haben, einen islamischen Staat in Somalia zu errichten. Zur Bekämpfung von eben jenen Terrororganisation wurde unter anderem die Militärmission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM-Mission) am 21. Februar 2007 ins Leben gerufen, welche offensiv Operationen gegen Al-Shabaab und andere bewaffnete Oppositionsgruppen, auch gemeinsam mit den somalischen Sicherheitskräften durchführt. Außerdem steht die Anleitung und Unterstützung der somalischen Sicherheitskräfte, sowohl des Militärs als auch der Polizei, im Mittelpunkt.

Trotz alledem gibt es Kritik. Viele Menschen in Somalia glauben nicht daran, dass die AMISOM-Truppen den Frieden herstellen können. Zudem arten die Kosten aus: laut Analysen der International Crisis Group, einer Nichtregierungsorganisation, hat die EU, die Hauptgeldgeber ist, seit 2007 fast 2,3 Milliarden Euro zur Unterhaltung der AMISOM-Mission an die Afrikanische Union überwiesen. Deswegen wurde die AMISOM-Mission zur ATMIS-Mission umgewandelt, welche zunächst ebenfalls noch aus Truppen aus der Afrikanischen Union besteht. Diese Truppenstärke soll schrittweise reduziert werden, bis das Ende der Friedensmission erreicht ist und die somalischen Sicherheitskräfte die Sicherheitsverantwortung vollständig übernommen haben. Danach soll nur noch der Fokus auf der institutionellen Autonomie von Somalia liegen, die bis zum 31. Dezember 2024 hergestellt werden soll. Der Zeitplan für den Abzug der ATMIS-Truppen musste bereits nach hinten verschoben werden, da noch nicht genügend somalische Sicherheitskräfte vorhanden sind. Der

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Sicherheitsrat sollte daher diskutieren, ob der Truppenabzug und damit auch das Enddatum der Mission nach hinten verschoben werden müssen.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Problem sind die Hungerkrisen, die in Somalia in erschreckender Regelmäßigkeit auftreten. Meistens werden diese verursacht durch Dürren, die noch verstärkt werden durch den Klimawandel oder durch Überflutungen. Verschlimmert hat sich die Situation durch den Ukrainekrieg, da die wichtigen Getreideimporte wegfallen und der Weizenpreis generell explodiert. Die IGAD-Organisation (Intergovernmental Authority on Development) zielt darauf ab, die Widerstandsfähigkeit der Lebensgrundlagen gegen Dürren in Somalia zu verbessern, indem man vorrangige Interventionsbereiche mit strukturierten Investitionen und Interventionen zum Aufbau widerstandsfähiger Gemeinschaften, Infrastrukturen und Systeme sowohl auf subnationaler als auch auf nationaler Ebene fördert. Zudem gibt es das Welternährungsprogramm der UN (World Food Programme; WFP), welches zuletzt 3 Millionen Tonnen an Nahrungsmitteln und Hilfsgütern an das Horn von Afrika liefert, um die Hungersnot in Somalia zu bekämpfen. Da es vorkommt, dass die Handelsschiffe bei der Überfahrt angegriffen werden, werden die Schiffe unter anderem von der European Union Naval Force – Somalia (EUNAVFOR ATALANTA) überwacht. Trotz all diesen humanitären Hilfeleistungen gibt es aktuell mehr als 7,7 Millionen Menschen in Somalia, die humanitäre Hilfe brauchen, darunter 5,1 Millionen Kinder.

Hinweise zur Recherche

Es empfiehlt sich, wenn man sich zunächst einen allgemeinen Überblick über die Geschichte Somalias verschafft, damit man zum Teil auch versteht, weswegen manche UN-, EU-Missionen überhaupt stattfinden oder wie es zur Bildung von Terrorgruppen kam. Dazu empfiehlt sich unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung, diverse Zeitungsartikel oder aber auch, als grobe Grundlage, Wikipedia. Einen Überblick über fast alle laufenden und verlängerten UN-Missionen in Somalia erhält man beim Deutschen Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt Somalia). Lesen Sie sich unbedingt die bisherigen Resolutionen des Sicherheitsrats zur Thematik durch; Sie finden diese unter [folgendem Link](https://www.un.org/depts/german/de/sr_22.html): https://www.un.org/depts/german/de/sr_22.html Die Position Ihres Staates zur Thematik können Sie möglicherweise in

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

den englischsprachigen Debattenprotokollen des UN-Sicherheitsrats nachlesen. Unter [diesem Link](https://www.securitycouncilreport.org/un_documents_type/security-council-meeting-records/?ctype=Somalia&cb-type=somalia) (https://www.securitycouncilreport.org/un_documents_type/security-council-meeting-records/?ctype=Somalia&cb-type=somalia) finden Sie alle Meeting Records (Debattenprotokolle); diese können Sie nach dem Namen Ihres Staates durchsuchen und ggf. dort direkt die Redebeiträge Ihres Staates und somit auch Ihre Position zu einem bestimmten Zeitpunkt gut nachvollziehen. Zum Übersetzen eignen sich Softwares wie [deepl.com](https://www.deepl.com/).

Lexikon

Clans: Familienverbände

Disarmament, Demobilization and Reintegration, DDR: Während und nach Ende von bewaffneten Konflikten ist es nötig, die genutzten Waffen aus dem Umlauf zu nehmen und somit die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass diese Waffen in Zukunft weiter genutzt werden. Die Vereinten Nationen machen dies unter dem Titel *“Disarmament, Demobilization and Reintegration”* (Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration). Darunter fallen Maßnahmen zur Entwaffnung, also dem Einsammeln und Vernichten von Waffen, zur Demobilisierung, also zum Auflösen der militärischen Strukturen und zur Reintegration in die Gesellschaft, beispielsweise über berufsbildende Maßnahmen. In Somalia finden solche Maßnahmen bereits statt. Mehr zum Thema: <https://peacekeeping.un.org/en/disarmament-demobilization-and-reintegration>

Extremismusprävention: Extremismus und Terrorismus entstehen häufig in Kontexten, in denen Verzweiflung, Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit herrscht. Diese Faktoren wiederum können durch Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger, mangelnde Bildung oder mangelnde Gesundheitssysteme verstärkt oder vermindert werden. Extremismusprävention setzt genau hier an: sie will Extremismus vorbeugen, indem in Bildungs- und Gesundheitssysteme investiert und Perspektiven geschaffen werden. Die Vereinten Nationen arbeiten zu dieser Thematik innerhalb des Büros für Terrorismusbekämpfung (Website: <https://www.un.org/counterterrorism/preventing-violent-extremism>).

Failed State: Ein Staat, der seine grundlegenden Sicherheits- und Entwicklungsfunktionen nicht mehr wahrnehmen kann und der keine wirksame Kontrolle über sein Territorium und seine Grenzen hat.

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Friedenskonsolidierung: Nach der BpB schließt die Friedenskonsolidierung alle Maßnahmen ein, die nach der Beendigung eines Konflikts bzw. Kriegs darauf gerichtet sind, eine nachhaltige friedliche Ordnung in der Post-Konfliktgesellschaft zu fördern. Dazu gehören die Reintegration früherer Rebellen, der (Wieder-)Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, die Achtung der Menschenrechte, die wirtschaftliche Entwicklung, die Zulassung und Förderung freier Medien sowie die Einrichtung einer Übergangsjustiz und die gesellschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit.

Jubaland: Ist der westlich des Flusses Jubba an der Grenze zu Kenia gelegene äußerste Südwesten Somalias. Im Verlauf des Somalischen Bürgerkriegs haben politische Anführer aus der Region das schwer umkämpfte Gebiet gleich mehrmals zum autonomen Staat Jubaland erklärt.

Kapitel VI und VII der UN-Charta: Diese Kapitel bestimmen, welche Maßnahmen der UN-Sicherheitsrat treffen darf. Darunter fallen in Kapitel VI friedliche Maßnahmen: Verhandlungen, Vermittlungen oder auch gerichtliche Entscheidungen. Wenn diese Maßnahmen nicht ausreichen, um einen Konflikt beizulegen (wie z.B. in Somalia), kann der UN-Sicherheitsrat weitere Maßnahmen treffen. Diese fallen dann unter Kapitel VII der UN-Charta. Für sie muss der Sicherheitsrat eine Gefährdung oder einen Bruch des Weltfriedens festlegen (was das ist, definiert er selbst). Dann darf er Folgendes verabschieden: unter Ausschluss von Waffengewalt die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und als Zwangsmaßnahmen Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen.

Mandat: Unter einem Mandat, wird der Auftrag und die Ermächtigung gegenüber den Mitgliedstaaten für eine bestimmte Maßnahme oder Politik durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verstanden

Missionen: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Möglichkeit, in seinen Resolutionen sogenannte Friedensmissionen einzusetzen. Dies sind Entsendungen von Soldat*innen, Polizeikräften und Zivilist*innen, die der Sicherheitsrat aufgrund eines Bruches des Weltfriedens und einer Gefährdung der internationalen Sicherheit beschließen kann. Die

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Soldat*innen der UN tragen in ihren Einsätzen einen blauen Helm, weshalb sie häufig als Blauhelmsoldat*innen bezeichnet werden. Das Ziel von Friedensmissionen ist, Gewalt einzudämmen, eine weitere Eskalation zu verhindern und die Sicherheit von Menschen und Institutionen in Krisenregionen zu gewährleisten.

Separatistengruppen: Gruppierungen, die ein bestimmtes Gebiet vom Gebiet eines Staates abtrennen wollen.

Theokratische Herrschaft: In einem theokratischen Staat rechtfertigen die Machthaber ihre Herrschaft dadurch, dass sie sich auf einen göttlichen Willen berufen.

Zentralsomalia: Ein Bundesland von Somalia, welches zu sehr großen Teilen nicht unter Kontrolle der Zentralregierung ist, sondern von Terrormilizen beherrscht wird.

Quellenangaben und weiterführende Links

Allgemeiner Überblick Geschichte und Krisen:

<https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54689/somalia/> (Dominik Balthasar, Somalia, 30.11.2020, Deutsch)

https://www.securitycouncilreport.org/un_documents_type/security-council-meeting-records/?ctype=Somalia&cbtype=somalia (UN Documents for Somalia: Security Council Meeting Records, Englisch)

Vorgehen Terrorgruppen und Milizen:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/islamischer-staat-mit-der-taktik-von-parasiten-1.2196403> (Ronen Steinke, Mit der Taktik von Parasiten, 30. Oktober 2014, 18:50 Uhr, Deutsch)

<https://www.dw.com/de/wer-sch%C3%BCtzt-somalia-vor-gewalt-und-terror/a-60296699> (Mohamed Odowa, Wer schützt Somalia vor Gewalt und Terror, 30.12.2021, Mogadischu, Deutsch)

GREMIENTEXT SITUATION IN SOMALIA

Interner Machtkampf Regierung:

<https://www.dw.com/de/machtkampf-zwischen-pr%C3%A4sident-und-regierungschef-in-somalia-spitzt-sich-zu/a-60264579> (sti/AR (afp, dpa, eps), Machtkampf zwischen Präsident und Regierungschef in Somalia spitzt sich zu, 27.12.2021, Deutsch)

Humanitäre Lage:

A life-or-death search for water in drought-parched Somalia – in pictures | Global development | The Guardian (A life-or-death search for water in drought-parched Somalia – in pictures; Wed 10 May 2017 14.47 BST, Englisch)

<https://www.unicef.de/informieren/projekte/afrika-2244/somalia-19334/hunger-in-somalia/13076> (Somalia: Hungersnot verhindern – jetzt spenden, Deutsch)

<https://de.wfp.org/news/wfp-reaches-record-numbers-food-and-nutrition-support-somalia-amid-ongoing-famine-risk#:~:text=Jeden%20Monat%20erhalten%20%C3%BCber%20vier,Somalia%20bisher%20abgewendet%20werden%20konnten.> (Pressemitteilung, WFP erreicht Rekordzahl von Menschen mit Ernährungshilfe in Somalia angesichts der anhaltenden Gefahr einer Hungersnot, 20. Oktober 2022, Deutsch)

<https://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/projekte/somalia-duerre/update/somalia-droht-die-groesste-hungersnot-seit-40-jahren> (Somalia droht die größte Hungersnot seit 40 Jahren, 03.06.2022, Deutsch)

UN-Missionen:

<https://amisom-au.org/amisom-mandate/> (UN Security Council Resolution 2372(2017) AMISOM, Englisch)

<https://atmis-au.org/wp-content/uploads/2022/04/atmis-adopted-res-e.pdf> (S/RES/2628 (2022), Englisch)

<https://www.un.org/depts/german/de/sr-somalia.html> (Deutsch)

NGO Kommentare:

<https://www.securitycouncilreport.org/somalia/> (Englisch)

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

Die Zukunft der UN-Friedenssicherung

1. Kurzzusammenfassung

Friedenssicherung ist ein Thema, das auf viele Aspekte der Arbeit der Vereinten Nationen (United Nations, UN) Auswirkungen hat und die Grundlage der UN als Arbeitsgemeinschaft ist. Die Relevanz des Themas zeigt sich schon in Artikel 1 Satz 1 der UN-Charta. Als Ziel der UN wird dort beschrieben, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen“.

Seit Bestehen der Friedensmissionen hat sich die globalpolitische Lage oft verändert, sodass sich die UN sich mit der Herausforderung konfrontiert sehen, ihre Missionen diesen Veränderungen anzupassen. Verschiedene Aspekte spielen dabei eine Rolle, wie beispielsweise die Balance zwischen diplomatischer und militärischer Durchsetzung von Frieden und die personelle und materielle Ausstattung der Missionen.

Besonders in den letzten Jahrzehnten wurden viele Reformen angestoßen, um auf die sich verändernden Bedingungen zu reagieren, aber auch um die Fehler vergangener Missionen aufzuarbeiten und in der Zukunft zu verhindern. Zu diesen Reformen gehört auch die Einführung sogenannter robuster Mandate. Das bedeutet, dass während so mandatierter Missionen militärische Gewalt durch die Blauhelme nicht nur zur Selbstverteidigung, sondern auch zur Verteidigung des Mandats (beispielsweise zum Schutz der Zivilbevölkerung) eingesetzt werden darf.



4

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

2. Punkte zur Diskussion

Folgende Punkte sollen zur Diskussion im Plenum, aber auch zur Schwerpunktfindung in Positions- und Arbeitspapieren beitragen.

- Missionen zur Friedenssicherung haben sich in den letzten Jahrzehnten häufig zu Friedensdurchsetzung mit militärischen Mitteln gewandelt. Wie ist diese Entwicklung zu bewerten?
- Durch die COVID-19-Pandemie wurde das Problem der personellen und logistischen Ausstattung von Friedensmissionen verschärft. Wie lässt sich dem entgegenwirken?
- Was sind Möglichkeiten, um politische Lösungen als Ziel der Friedensmissionen stärker in den Fokus zu rücken?
- Die Belastung für die Bereitstellung von Blauhelmen und zivilem Missionspersonal entfällt derzeit auf einen geringen Anteil der Mitgliedstaaten. Welche Möglichkeiten gibt es, auf ein Gleichgewicht hinzuarbeiten?

3. Einleitung

Besonders in Zeiten akuter Krisen kommen Fragen danach auf, was die UN zur Konfliktlösung und zum Schutz der Bevölkerung unternehmen können. Zu diesen Zwecken haben die UN verschiedene Instrumente der Friedenssicherung, die dazu beitragen sollen, dass Konflikte verhindert werden, effektiv in Krisen eingegriffen werden und die Stabilisierung des Friedens nach dem Konflikt stattfinden kann. Diese Maßnahmen können sein: diplomatische Verhandlungen und Vermittlungen, zivile und militärische Friedensmissionen, Sanktionen, Maßnahmen zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau und viele weitere.

Im Laufe von Friedensmissionen kam es in der Vergangenheit allerdings auch zu Problemen und Fehlern seitens der UN. In den letzten Jahrzehnten wurden daher Reformen und Projekte zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Friedensmissionen angestoßen.

4. Hintergrund und Grundsätzliches

In diesem Abschnitt geht es darum, welche Historie und Tradition die Friedenssicherung in den UN hat. Es wird kurz besprochen, was Friedenssicherung genau eigentlich ist. Dann soll es darum gehen, welche großen Friedensmissionen es gab und vor welchem Hintergrund sie beschlossen wurden. Schließlich wird ein Überblick über Reformen und Weiterentwicklungen der Friedensmissionen gegeben. Der Begriff

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

Friedenssicherung ist die gängige Übersetzung des englischen Begriffs "peacekeeping". In vielen Dokumenten wird daher von peacekeeping oder von peacekeeping-Missionen gesprochen. Unter das peacekeeping fallen hauptsächlich die zuvor schon angesprochenen Friedensmissionen. Nun kann Friedenssicherung aber natürlich auch durch andere Maßnahmen als Friedensmissionen vorangetrieben werden. Dies wird hauptsächlich im Abschnitt Aktuelles besprochen.

Die Friedensmissionen werden von sämtlichen UN-Mitgliedsstaaten finanziert. Die Generalversammlung hat die Kompetenz, die Finanzierung zu überwachen, und der Sicherheitsrat beschließt die Friedensmissionen, wobei die ausführende Leitung bei dem*der Generalsekretär*in liegt. Friedensmissionen können aus bewaffneten Soldat*innen, unbewaffneten zivilen Beobachter*innen und Militärbeobachter*innen bestehen.



5

Die Ursprünge der Friedenssicherung kommen aus der Zeit des Kalten Krieges. In dieser Zeit war der Sicherheitsrat durch die rivalisierenden Veto-Mächte oft in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt und es mussten Lösungen gefunden werden, trotzdem effektiv friedenssichernd arbeiten zu können.

Die ersten zwei Friedensmissionen waren die UN Truce Supervision Organisation (UNTSO), die sich 1948 auf die Stabilisierung des Nahen Ostens konzentrierte, und die UN Military Observer Group in India and Pakistan (UNMOGIP), die 1949 den Waffenstillstand zwischen Indien und Pakistan überwachen sollte. Beide Friedensmissionen wurden durch unbewaffnete Kräfte durchgeführt. Die erste bewaffnete Friedensmission, die First UN Emergency Force (UNEF I), fand 1956 in Anbetracht der Suez-Krise statt. Diese ersten Friedensmissionen wurden mithilfe einer Anzahl von Soldat*innen im niedrigen dreistelligen Bereich durchgeführt. Die UN Operation in the Congo (ONUC), die 1960 begann, hatte dagegen zwischenzeitlich bis zu 20.000 Soldat*innen.

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

Weitere Details zu Friedensmissionen ab den 1960ern lassen sich in Zusammenstellungen der UN nachlesen, die in den untenstehenden Quellen aufgeführt sind.

Die Herangehensweise an Friedensmissionen änderte sich nach Ende des Kalten Krieges. Die Missionen wurden komplexer und haben mittlerweile auch das Ziel, Friedensabkommen abzuschließen und Grundlagen für nachhaltigen Frieden zu legen. Eine zeitliche Übersicht der UN-Friedensmissionen ist ebenfalls in den Quellen hinterlegt.

In den 1990er Jahren fanden Friedensmissionen u.a. im ehemaligen Jugoslawien (UN Protection Force (UNPROFOR)), in Ruanda (UN Assistance Mission for Rwanda (UNAMIR)) und in Somalia (UN Operation in Somalia II (UNOSOM II)) statt. Sie wurden im Verlauf der Missionen als unzureichend kritisiert und es wurden durch die damaligen Generalsekretäre Untersuchungen zum Verhalten der UN-Truppen während dieser Friedensmissionen angeordnet. Verweise dazu sind ebenfalls in den Quellen zu finden.

5. Aktuelles

In diesem Abschnitt geht es um aktuelle Reformen und Entwicklungen in der Friedenssicherung.

Die Friedensmissionen sehen sich der ständigen Aufgabe gegenüber, sich den veränderten globalpolitischen Verhältnissen anpassen zu müssen. Vor allem seit den eben besprochenen Untersuchungen wurden in den letzten Jahrzehnten Reformen in der Friedenssicherung angestoßen.

Zu diesen Reformen gehört auch eine 2017 durch Generalsekretär António Guterres vorgestellte Reform, in der Guterres vor allem die politische Komponente innerhalb der Friedensmissionen stärker in den Fokus rücken möchte. Dabei sollen auch die Konfliktprävention und die nachhaltige Sicherstellung des Friedens gestärkt werden. Bereits abgeschlossene Friedensmissionen sollen auf u.a. folgende Faktoren hin untersucht werden:

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

- Was sind Bedingungen für die erfolgreiche Umsetzung von Mandaten? Welche Verbesserungen können dem Sicherheitsrat empfohlen werden?
- Welche Mandate haben sich als besonders relevant und nachhaltig erwiesen?
- Wie sind die politischen Begebenheiten? Wie bereit sind die beteiligten politischen Parteien zu kooperieren?
- Wie effektiv sind die UN-Maßnahmen im Vergleich zu regional bereits bestehenden Maßnahmen?

Die Beantwortung dieser Fragen und die Umsetzung der Ergebnisse sollen helfen, Friedensmissionen weiterzuentwickeln und zu verbessern. Weiterhin wurde die Action for Peacekeeping (A4P) angestoßen. Diese sieht in mehreren Bereichen die Verbesserung der Friedenssicherung vor. Es geht darum,

- langfristige politische Lösungen für Konflikte zu finden,
- die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (in den Quellen verlinkt) zu implementieren,
- den Schutz, der von der Friedensmission ausgeht, zu stärken,
- die Blauhelm-Soldat*innen zu schützen,
- effektive und reflektierte Friedenssicherung zu unterstützen,
- die Wirkung der Friedensmission zu stärken und nachhaltigen Frieden zu implementieren,
- Kooperationen in der Friedenssicherung zu stärken und
- die Durchführung der Friedensmissionen zu stärken.

Weitere Informationen zu Reformvorschlägen und Projekten werden im nächsten Abschnitt "Probleme und Lösungsansätze" diskutiert und sind in den Quellen verlinkt.

6. Probleme und Lösungshinweise

In diesem Abschnitt geht es um Probleme, denen die Friedensmissionen ausgesetzt sind und Lösungsansätze, um die Missionen effektiver und sicherer zu gestalten.

Außerdem sollen mögliche Alternativen oder Ergänzungen zu den gängigen Maßnahmen der Friedenssicherung diskutiert werden.

Die Probleme, die in vergangenen und laufenden Friedensmissionen beschrieben wurden, sind vielfältig.

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

Die Berichte vergangener Missionen zeigen unter anderem, dass sowohl innerhalb der UN als auch der betroffenen Staaten bürokratische Hürden auftreten, die einen flüssigen Ablauf der Missionen erschweren und Prozesse in die Länge ziehen. Außerdem wird aufgezeigt, dass es an Beiträgen zur Lösung von Konflikten durch die lokale Politik und Konfliktakteur*innen mangelt.

Auch die fehlende Transparenz wurde im Zuge einiger Missionen kritisiert. Durch dies wird ein Vertrauensverlust der Mitgliedstaaten und Mitarbeitenden hervorgerufen.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die UN-Mandate. Die Prioritäten seien teils ungenau formuliert, die Missionen seien nur ungenügend mit Ressourcen ausgestattet und die Umsetzung sei deshalb in Teilen ineffektiv. Hinzu kommt, dass die Komplexität der Missionen im Verlauf der Zeit zugenommen hat. Dies und die COVID-19-Pandemie verschärfen das Problem der Bereitstellung der fehlenden personellen und materiellen Mittel.

Um auf diese Probleme zu reagieren, wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen. Darunter:

- die Initiative Action for Peacekeeping (A4P),
- das Future of Peacekeeping Project,
- die Nachbewertung und Analyse vergangener Missionen,
- die Einführung eines High-Level Independent Panel on Peace Operations,
- das New-Horizon-Project,
- der Brahimi-Report,
- die Capstone-Doktrin und
- die Agenda für den Frieden.

Ausführlichere Informationen zu diesen Projekten und Agenden sind in den Quellen verlinkt.

Weiterhin ist die zunehmende Bewaffnung der Friedensmissionen ein zu beachtendes Thema. Nach den im Abschnitt "Hintergrund und Grundsätzliches" bereits besprochenen Friedensmissionen wurden Reformen angestoßen, seit denen bei den meisten Friedensmissionen die Anwendung militärischer Gewalt nicht mehr nur zur Selbstverteidigung, sondern

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

auch zur Verteidigung des Mandats (also beispielsweise zum Schutz der Zivilbevölkerung) erlaubt ist. Die UN begründen dies damit, dass den Friedensmissionen in bewaffneten Konflikten ansonsten nicht die notwendige Durchsetzungskraft für eine Friedenserzwingung zu Verfügung stünde. In einem solchen Fall liegt ein robustes Mandat vor. Eine weitere Form des Mandats ist das exekutive Mandat. Im Zuge einer solchen Friedensmission hat das UN-Personal auch die Kompetenz, befristet Regierungsaufgaben zu übernehmen und so den politischen Wiederaufbau voranzutreiben.

Durch diese zunehmenden Kompetenzen in Bezug auf militärische Gewalt hat sich die Friedenssicherung in den letzten Jahrzehnten immer mehr zur Friedensdurchsetzung mit Gewaltanwendung entwickelt. Nicht immer wird dabei die Zustimmung aller Konfliktbeteiligten eingeholt.

An dieser Stelle könnte im Gremium darüber debattiert werden, inwiefern dies den ethischen Grundlagen und Grundgedanken von Friedensmissionen entspricht. Auf der einen Seite könnten das Argument stehen, dass Friedenssicherung ausschließlich durch politische und humanitäre Maßnahmen durchgeführt werden sollte. Auf der anderen Seite wäre zu argumentieren, dass die UN-Mitgliedsstaaten eine Responsibility to Protect (Schutzverantwortung) gegenüber der Zivilgesellschaft haben und die militärische Komplexität der Konflikte in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, sodass auch die Friedensmissionen mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden müssen, um Handlungsfähigkeit gewährleisten zu können.

Ein weiteres aktuelles Problem, das sich durch die COVID-19-Pandemie verstärkt hat, sind die mangelnden Ressourcen für die Umsetzung der Friedensmissionen. Die einzelnen Staaten sind weniger gewillt, Material, monetäre Unterstützung und Personal für die Friedensmissionen zur Verfügung zu stellen. Darunter leidet sowohl die direkte Umsetzung der Missionen, als auch die Bemühung um internationale Kooperation.

Dies ist als ein strukturelles Problem zu bewerten, da einige wenige Länder (vor allem afrikanische und asiatische) mehr als die Hälfte des Friedensmissionspersonals stellen. Die westlichen Industriestaaten und die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates hingegen stellen nur einen sehr geringen Anteil an Missionspersonal. Als Grund für diese

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

geringe Beteiligung kann allerdings auch angeführt werden, dass die großen Industriestaaten verhindern wollen, einen Eindruck von Imperialismus zu vermitteln. Zahlen und Anteile zu diesem Thema sind in den Quellen verlinkt.

Durch den Personalmangel wird die mandatierte Truppenstärke von Missionen teils nicht erreicht, was zu Problemen in der effektiven Umsetzung der Mandate führt. Auch die materielle Ausstattung der Missionen

findet teils nur sehr langsam statt. Wenn beispielsweise Fahrzeuge, Helikopter, Feldhospitale und Unterbringungsmöglichkeiten fehlen, werden viele Aufgaben der Friedensmissionen stark erschwert. Um den Überblick über Konflikte zu behalten muss patrouilliert werden können, die Zivilbevölkerung muss medizinisch und mit Unterbringungsmöglichkeiten versorgt werden und für die Sicherheit des Missionspersonals muss gesorgt sein.



Erfolgreiche Friedenssicherung: Ein nichtstaatlicher Kämpfer gibt seine Waffe an die UN-Mission ab (1990)

An dieser Stelle wäre eine Diskussion darüber möglich, inwiefern alle Mitgliedsstaaten verbindlicher zu Friedensmissionen beitragen und damit deren Gelingen unterstützen können. Dabei könnte beispielsweise über konkrete Maßnahmen in den Bereichen Personal, Finanzen und Materiel diskutiert werden.

7. Hinweise zur Recherche

Die grundlegenden Informationen zum Thema Zukunft der UN-Friedenssicherung wurden somit vorgestellt.

Die weitere Recherche zum Thema sollte sich nun auch auf die Positionen der Staaten, die vertreten werden, konzentrieren. Diese Informationen sind besonders in Mitschriften von UN-Debatten und Resolutionen zu finden. Für den Sicherheitsrat werden einige Dokumente und Berichte

GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

von Security Council Report auf deren Website zusammengestellt. Der Verweis ist in den Quellen verlinkt. Außerdem eignen sich Mitschriften von Pressekonferenzen des jeweiligen Staates und seriöse Zeitungsartikel.

Weitere Informationen zum Thema können den Verweisen aus diesem Text entnommen werden.

8. Lexikon

Blauhelme: Umgangssprachliche Bezeichnung für die seit 1948 in Krisengebieten eingesetzten UNO-Friedenstruppen (benannt nach den von den Soldaten getragenen blauen Schutzhelmen), die sich aus Soldaten, unbewaffneten zivilen Beobachter*innen und Militärbeobachter*innen zusammensetzen. Aufgabe der B. sind friedenserhaltende bzw. friedensstiftende Maßnahmen; sie werden auf Beschluss des UNO-Sicherheitsrates eingesetzt (Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17191/blauhelme>).

Konfliktprävention: Krisen- und Konfliktprävention ist seit dem programmatischen UN-Dokument "Agenda für den Frieden" (1992) von einer Forderung der Friedens- und Konfliktforschung zu einem fest etablierten Ansatz der internationalen Politik geworden. In der UN-Resolution firmiert das Konzept unter dem Begriff der "vorbeugenden Diplomatie". Darunter fallen nicht nur Vor-Ort-Besuche, Gespräche und Verhandlungen, sondern auch vertrauensbildende Maßnahmen, Frühwarnsysteme zur Tatsachenermittlung, vorbeugende Einsätze sowie die Einrichtung entmilitarisierter Zonen ("Agenda für den Frieden", Ziffer 23) (Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54728/praevention>).

Mandat: Die (vertraglich festgelegte) Vollmacht zur Wahrnehmung bestimmter Interessen oder zur Erledigung bestimmter Aufgaben (Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17819/mandat>).

Ressourcen: Natürlich vorhandener Bestand von etwas, was für einen bestimmten Zweck benötigt wird (Duden, <https://www.duden.de/rechtschreibung/Ressource>).



GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

Schutzverantwortung/Responsibility to Protect: Ein politisches Versprechen, geeignete Maßnahmen zu treffen, um Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., <https://dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/das-konzept-der-schutzverantwortung-responsibility-to-protect/>).

UN-Charta: Die Charta der Vereinten Nationen ist der Gründungsvertrag der Vereinten Nationen. Ihre universellen Ziele und Grundsätze bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft, zu der sich alle inzwischen 193 Mitgliedstaaten bekennen (Vereinte Nationen, UNRIC, <https://unric.org/de/charta/>).

Veto-Mächte: Veto bezeichnet das Recht einzelner staatlicher Organe oder Institutionen, einen Beschluss bzw. dessen Wirksamwerden durch Einspruch zu verhindern. Die Veto-Mächte der UN sind die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA), die jeweils ein solches Veto-Recht für Beschlüsse des Sicherheitsrates besitzen (Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18425/veto>).

9. Quellenangaben und weiterführende Links

Allgemeine Informationen

- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Friedenssicherung, <https://frieden-sichern.dgvn.de/friedenssicherung/> - Überblick zum Thema Friedenssicherung (Deutsch).
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), UN-Friedensmissionen, <https://frieden-sichern.dgvn.de/friedenssicherung/un-friedensmissionen/> - Überblick zum Thema Friedensmissionen (Deutsch).
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), UN-Friedensmissionen, grundlegende Informationen, https://dgvn.de/fileadmin/publications/PDFs/Basis_Informationen/BI_59_UN-Friedensmissionen_web.pdf - Weiterführende Informationen zu Friedensmissionen (Deutsch).
- Security Council Report, September 2021 Monthly Forecast, <https://www.securitycouncilreport.org/monthly-forecast/2021-09/un-peace-keeping-5.php> - Aktuelle Entwicklungen und Berichte im Sicherheitsrat (Englisch).



GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

- Security Council Report, UN Documents for Peacekeeping, <https://www.securitycouncilreport.org/un-documents/peacekeeping/> - Verschiedene Dokumente zu Friedensmissionen (Englisch).
- Tull, Dennis M., Die Peacekeeping-Krise der Vereinten Nationen, Ein Überblick über die Debatte, Berlin, 2010, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2010_S01_tll_ks.pdf - Mögliche Ursachen für Probleme im Peacekeeping und Ausblicke und Empfehlungen (Deutsch).
- United Nations Peacekeeping, Future of Peacekeeping Operations, <https://peacekeeping.un.org/en/future-of-peacekeeping> - Übersicht zur Zukunft der Friedensmissionen (Englisch).
- United Nations Peacekeeping, Our history, <https://peacekeeping.un.org/en/our-history> - Geschichte der Friedenssicherung von Beginn bis heute (Englisch).

Daten und Zahlen

- United Nations Peacekeeping, Data Peacekeeping Operations, <https://peacekeeping.un.org/en/data> - Interaktive Karte und Zahlen, Daten, Fakten zu laufenden Friedensmissionen, außerdem monatliche Peacekeeping Fact Sheets von 2016 bis heute (Englisch).
- United Nations Peacekeeping, Historical Timeline of UN Peacekeeping, <https://peacekeeping.un.org/en/historical-timeline-of-un-peacekeeping> - Interaktiver Zeitstrahl der UN-Friedenssicherung mit Informationen (Englisch).
- United Nations Peacekeeping, Summary of Troop Contributing Countries by Ranking, https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/ranking_of_military_and_police_contributions.pdf - Aufstellung der Mitgliedsstaaten nach Beiträgen zu Blauhelm-Truppen (Englisch).

Projekte und Agenden

- UN Political and Peacebuilding Affairs, Women, Peace and Security, <https://dppa.un.org/en/women-peace-and-security>, https://dppa.un.org/sites/default/files/190604_dppa_wps_policy_-_final.pdf - Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (Englisch).
- United Nations Peacekeeping, Action for Peacekeeping (A4P), <https://peacekeeping.un.org/en/action-for-peacekeeping-a4p> - Projekt Action for Peacekeeping (Englisch).



GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

- United Nations Secretary-General, Secretary-General's statement on appointment of High-Level Independent Panel on Peace Operations, <https://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2014-10-31/secretary-generals-statement-appointment-high-level-independent> - Einführung des Hochrangigen unabhängigen Gremiums für Friedenssätze (Englisch).
- Department of Peacekeeping Operations and Department of Field Support, A New Partnership Agenda - Charting A New Horizon For UN Peacekeeping, https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/newhorizon_0.pdf - Projekt New Horizon (Englisch).
- Department of Peacekeeping Operations and Department of Field Support, United Nations Peacekeeping Operations - Principles and Guidelines (Capstone Doctrine), https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/peacekeeping/en/capstone_eng.pdf - Die Capstone-Doktrin (Englisch).
- A/47/277, S/24111 - Vereinte Nationen/Generalversammlung/Sicherheitsrat, Agenda für den Frieden, https://frieden-sichern.dgvr.de/file-admin/user_upload/frieden_sichern/Dokumente/Agenda_fuer_den_Frieden.pdf - Reformmaßnahme der Friedenssicherung (Deutsch).

Resolutionen und UN-Untersuchungen

- S/1999/1257 - Sicherheitsrat, Letter from the Secretary-General Addressed to the President of the Security Council, https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1999/1257 - Unabhängige Untersuchung zu UN-Verhalten in Ruanda (Englisch).
- A/54/549 - Generalversammlung, Report of the Secretary-General Pursuant to General Assembly Resolution 53/35, https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/54/549 - Untersuchung der Vorkommnisse in Srebrenica im ehemaligen Jugoslawien (Englisch).
- S/1995/231 - Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General on the Situation in Somalia, https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1995/231 - Untersuchung UN-Abzug aus Somalia (Englisch).
- S/RES/2518 - Sicherheitsrat, Safety and Security of Peacekeepers, https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2518.pdf - Sicherheit von Missionspersonal (Englisch).



GREMIENTEXT

DIE ZUKUNFT DER UN-FRIEDENSSICHERUNG

- S/RES/2589 - Sicherheitsrat, Facilitating Accountability for Crimes Committed Against Peacekeepers, https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2589.pdf - Verbrechen gegen Peacekeeping-Personal (Englisch).
- S/RES/2447 - Sicherheitsrat, Strengthening Support to Police, Justice and Corrections Areas in Peacekeeping Operations and Special Political Missions, https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2447.pdf - Stärkung der Unterstützung von Polizei und Justiz (Englisch).
- S/RES/2378 - Sicherheitsrat, UN Peacekeeping Reform, http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2378.pdf - Reform der Friedensmissionen (Englisch).
- S/RES/2167 - Sicherheitsrat, Regional Partnerships and Peacekeeping, http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2167.pdf - Regionale Partnerschaften und Friedenssicherung (Englisch).
- S/2020/911 - Sicherheitsrat, Letter from the President of the Security Council Addressed to the Secretary General and the Permanent Representatives of the Members of the Security Council, https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/S_2020_911_E.pdf (Englisch).
- A/55/305 - S/2000/809 - Generalversammlung, Sicherheitsrat, Letters from the Secretary General to the President of the General Assembly and the President of the Security Council, https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/55/305 (Englisch).



BILDRECHTE

Bildrechte:

- 1
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2009_Elections,_Indonesia_\(10656134003\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2009_Elections,_Indonesia_(10656134003).jpg)
Josh Estey/AusAID
- 2
<https://www.flickr.com/photos/minusma/9058769383>
Foto von: MINUSMA / Blagoje Grujic
- 3
<https://www.flickr.com/photos/minusma/31337364427>
Foto von: MINUSMA/ Marco Dormino
- 4
https://www.flickr.com/photos/un_photo/3332076748
Foto von: UN Photo/Marie Frechon
- 5
<https://www.flickr.com/photos/jorbasa/4095587974>
Jorbasa Fotografie
- 6
https://www.flickr.com/photos/un_photo/4211846238
Foto von: UN Photo/Steen Johansen

